

# Das große Aufräumen

Die nigerianische Armee erzielte in den vergangenen Monaten erhebliche Geländegewinne gegen die jihadistische Boko Haram. Derweil wird wegen Korruption bei Rüstungsgeschäften ermittelt.

Von Ruben Eberlein

Ist das der Anfang vom Ende? Seit Donnerstag vergangener Woche kursiert im Internet ein Video, das den Führer der nigerianischen Terrormiliz Boko Haram, Abubakar Shekau, zeigen soll. Der Mann, der sich als Anführer der Islamisten ausgibt, wirkt niedergeschlagen und mutlos. Er erklärt auf Hausa, so berichtet es die Nachrichtenagentur AFP, dass »das Ende gekommen« sei. Es ist das erste Mal seit März 2015, dass Boko Haram ein Propagandavideo veröffentlicht hat. Damals erklärte die Gruppe dem »Islamischen Staat« (IS) ihre Loyalität.

Die Glaubwürdigkeit des neuen Videos ist allerdings umstritten. Es wurde nicht, wie sonst üblich, auf einem dem IS nahestehenden Twitter-Konto veröffentlicht, sondern über Youtube. Die Qualität ist ungewöhnlich schlecht, und Experten stellen infrage, ob es sich bei dem Mann im Video tatsächlich um Shekau handelt. Dessen sonst übliche Tiraden gegen den nigerianischen Staat und den Westen fehlen gänzlich. Nicht ausgeschlossen ist, dass es sich um eine Fälschung handelt, um die Truppe zu entmutigen. Es deutet alles darauf hin, dass Boko Haram in den

vergangenen Monaten entscheidend geschwächt werden konnte. Das nigerianische Militär fügte mit US-amerikanischer Drohnenunterstützung den Jihadisten empfindliche Verluste zu. Der Armeeführung zufolge konnten bedeutende Teile Nordnigerias, die bisher von Boko Haram gehalten wurden, zurückerobert werden. Als letztes verbliebenes Rückzugsgebiet der Jihadisten gilt der Sambisa-Wald im Bundesstaat Borno. Boko Haram meidet angesichts der Offensive der nigerianischen Armee und ihrer Verbündeten die offene Schlacht und verlegt sich auf Selbstmordattentate und Entführungen.

Der Antiterrorkampf genießt unter Präsident Muhammadu Buhari, der seit Mai 2015 im Amt ist, höchste Priorität. Nicht zuletzt seine Ankündigung, mit aller Härte gegen die Terroristen vorzugehen, verhalf ihm zum Sieg über seinen Vorgänger Goodluck Jonathan. Die Nigerianerinnen und Nigerianer trauten dem ehemaligen General aus dem Norden offenbar einen entschlosseneren Umgang mit Boko Haram zu als Jonathan. Während dessen Amtszeit konnte sich die Miliz erheblich stärken, und nicht zuletzt die verbreitete Korruption

innerhalb des Polizei- und Militärapparats behinderte eine effektive Bekämpfung des Terrors.

Das soll nun anders werden. Gegen 300 lokale und internationale Firmen sowie Einzelpersonen werde, so teilte es die nigerianische Regierung im Laufe der vergangenen Woche mit, wegen Unterschlagung ermittelt. Insgesamt geht es um 241 Millionen US-Dollar, die im Zuge von Waffengeschäften unterschlagen worden seien. Die Verträge waren durch das Büro des Nationalen Sicherheitsberaters abgeschlossen worden. Dessen ehemaliger Leiter Sambo Dasuki befindet sich bereits seit 2015 in Haft.

Wie die von Buhari eingesetzte Untersuchungskommission herausfand, sollen Verträge mit überhöhten Auftragssummen abgeschlossen worden sein. Die vereinbarten Leistungen wurden zum Teil nie erbracht. Manche Firmen, so die Kommission, wurden einzig zu dem Zweck gegründet, Gelder aus dem Sicherheitsbudget in private Taschen zu leiten. Sowohl ehemalige Militärführer als auch solche, die sich noch im Amt befinden, werden in dem Bericht namentlich genannt.

Die Administration kann sich der Unterstützung der meisten Nigerianerinnen und Nigerianer in Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung im Zusammenhang mit Waffenkäufen sicher sein. Die Budgets für Sicherheit und das Mili-

tär sind seit jeher die wichtigsten Posten, bei denen sich eine skrupellose Gruppe von politischen Unternehmern bedienen konnte. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Höhe der Ausgaben für Sicherheit nicht öffentlich gemacht werden müssen. Es ist das erste Mal, dass ein Bericht zur Korruption in diesem Bereich bekannt wurde.

Doch nicht nur die Veruntreuung öffentlicher Gelder sabotiert den Kampf gegen Boko Haram. Ein zweiter wichtiger Grund dafür, dass die Terrorgruppe in den vergangenen Jahren ihren Einflussbereich vergrößern konnte, hat mit dem brutalen Vorgehen der Armee gegen vermeintliche Sympathisanten von Boko Haram zu tun. Mindestens 17 000 Menschen verloren seit dem Beginn der Kämpfe 2009 ihr Leben. Ein erheblicher Teil der Opfer geht auf das Konto von Soldaten und Polizisten, die rücksichtslos auch gegen die Zivilbevölkerung vorgehen. Deshalb tat sich das US-amerikanische Pentagon bisher schwer, Waffen liefern zu lassen oder logistische Unterstützung im Antiterrorkampf zu leisten.

Ohnehin ist der Kampf gegen die Jihadisten allein mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen. Die nördlichen Regionen Nigerias zählen zu den ärmsten des Landes, es mangelt an Infrastruktur, die öffentlichen Bildungseinrichtungen und das Gesundheitswesen sind in erbärmlichem Zustand und

Einkommensmöglichkeiten jenseits des informellen Handels und der Subsistenzlandwirtschaft sind Mangelware. Viele der Gründe, warum Boko Haram nach 2009 so erfolgreich sein konnte, sind nach wie vor gegeben. Erst wenn es Verbesserungen in diesen Bereichen gibt, wird dem Terror tatsächlich der Boden entzogen. Gefordert ist nicht weniger als eine Abkehr von einem politischen System, in dem Loyalität und Gefolgschaft mit dem Versprechen von Sicherheit und gegen Bares erkaufte werden.

Mit dem aktuellen Untersuchungsbericht zur Korruption im Sicherheitsbereich macht die nigerianische Regierung einen entscheidenden Schritt, um das fehlende Vertrauen in der Bevölkerung wieder herzustellen. Nun wird es darauf ankommen, ob tatsächlich die Drahtzieher und Nutznießer der Veruntreuung öffentlicher Gelder zur Verantwortung gezogen werden. Auf dem Spiel stehen die Interessen mächtiger Personenkreise, die selbst dem ehemaligen General an der Spitze des Staats gefährlich werden könnten. Doch nur eine konsequente Strafverfolgung, eine Abkehr von der bisherigen Selbstbereicherung und auch die Ahndung von Verbrechen der Sicherheitsbehörden an der Zivilbevölkerung können die Grundlage für einen dauerhaften Sieg gegen die Islamisten sein.



Etwa zwei Millionen Binnenflüchtlinge sind die Folge der Kämpfe in Nigeria: Behelfsunterkünfte im Bakassi Camp in Maiduguri im März

## Wie im Notstand

Der EU-Türkei-Deal hat handstreichartig grundlegende Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden außer Kraft gesetzt. Das UNHCR spricht bereits von »De facto«-Haftanstalten auf Lesbos und Chios und stellt in diesen die Arbeit ein.

Kommentar von Thomas von der Osten-Sacken

Am Flughafen von Gaziantep in der Südosttürkei weist ein Hinweisschild »unsere syrischen Gäste« darauf hin, dass sie ohne Genehmigung der Distriktbehörden die Provinz nicht verlassen dürften. Wer in den Westen der Türkei reisen will, braucht eine Genehmigung. Wichtiger noch: Auch offiziell werden die nach Schätzungen 2,2 Millionen geflüchteten Syrer in der Türkei nur als »Gäste« behandelt. Sie haben einen temporären Aufenthaltsstatus, geschützte Flüchtlinge gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention sind sie nicht. Denn die Türkei hat diese Konvention zwar ratifiziert, allerdings mit dem Zu-

satz, sie gelte nur für Flüchtlinge aus Europa.

Dass die Regierung in Ankara Menschen in den Irak, nach Syrien und Afghanistan abschiebt, wie Human Rights Watch und andere Menschenrechtsorganisationen ihr immer wieder vorwerfen, mag moralisch verwerflich sein, einen Bruch türkischen Rechts stellt diese Praxis jedoch nicht dar. Denn es gibt für diese Flüchtlinge in der Türkei keinen legalen Schutz vor Rückführungen in die Herkunftsländer. Aber selbst geltendes Recht spielt offenbar keine große Rolle mehr, wenn Regierungen so handeln, als sei der

Ausnahmestand schon verhängt. Und nichts anderes ist der EU-Türkei-Deal, der am 20. März unterschrieben wurde und handstreichartig grundlegende Rechte außer Kraft setzte, die bislang nach geltenden Konventionen Asylsuchenden und Flüchtlingen zustanden.

Nachdem das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR zuvor bereits die geplante Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei scharf kritisiert hatte, da sie nicht mit internationalem Flüchtlingsrecht vereinbar sei, entschied sie sich wenige Tage nach Inkrafttreten der Vereinbarungen, ihre Arbeit in den nunmehr zu »Hotspots« umfunktionierten Lagern auf den griechischen Inseln Lesbos und Chios einzustellen. Diese seien inzwischen *de facto* zu Haftanstalten geworden, hieß es in einer Erklärung, und deshalb verweigere man die Kooperation mit griechischen Behörden und auf die Inseln entsendeten EU-Beamten.

Derweil verschlechtert sich die Situation der in den Lagern eingesperrten Menschen täglich. Wie zu erwarten war,

ist die griechische Regierung mit den logistischen Herausforderungen des Deals völlig überfordert. Während die EU von Athen erwartet, Neuankömmlinge durch ein fragwürdiges Schnellverfahren zu schleusen, gilt in Deutschland noch immer ein Abschiebeverbot nach Griechenland, da, so das Bundesinnenministerium, die dortigen Behörden nicht in der Lage seien, Flüchtlinge adäquat unterzubringen.

Wenn es, wie der österreichische Außenminister Sebastian Kurz jüngst erklärte, darum geht, abschreckende Bilder zu produzieren, um weitere Menschen von der Flucht abzuhalten, ist den Regierungschefs der EU in wenigen Tagen Beeindruckendes gelungen. Vielleicht erfüllen die Aufnahmen aus dem Zeltlager in Idomeni, wo inzwischen Zehntausende im Schlamm campieren, oder aus den Hotspots auf den griechischen Inseln, wo freiwillige Helfer mit Flüchtlingen nur noch durch Zäune hindurch kommunizieren können, ganz so als handele es sich um Schwerkriminelle, sogar ihren Zweck,

und es werden sich weniger Menschen nach Europa aufmachen.

Solange sich aber, trotz allem Gerede über Fluchtursachen, die zu bekämpfen seien, in den Herkunftsländern nichts ändert, werden Flüchtlinge auch weiter kommen, dafür nur wesentlich gefährlichere und teurere Überfahrten in Kauf nehmen. Die, die es nicht schaffen, entsorgt man derweil in der Türkei und anderen Ländern des Nahen Ostens, in denen eine neue Flüchtlingsdiaspora entsteht, denn wohl keiner der an diesem Deal Beteiligten geht davon aus, dass die Türkei, Jordanien oder der Libanon Millionen von Menschen einzubürgern planen. Statt eines Rechts auf Asyl, wie es die Flüchtlingskonventionen vorsehen, bleibt ihnen die Recht- und Perspektivlosigkeit eines dauerhaft ungesicherten Flüchtlingsstatus irgendwo außerhalb der Grenzen Europas – und die vage Hoffnung, vielleicht eines Tages als Teil eines Kontingents aus der Türkei ausgeflogen zu werden.